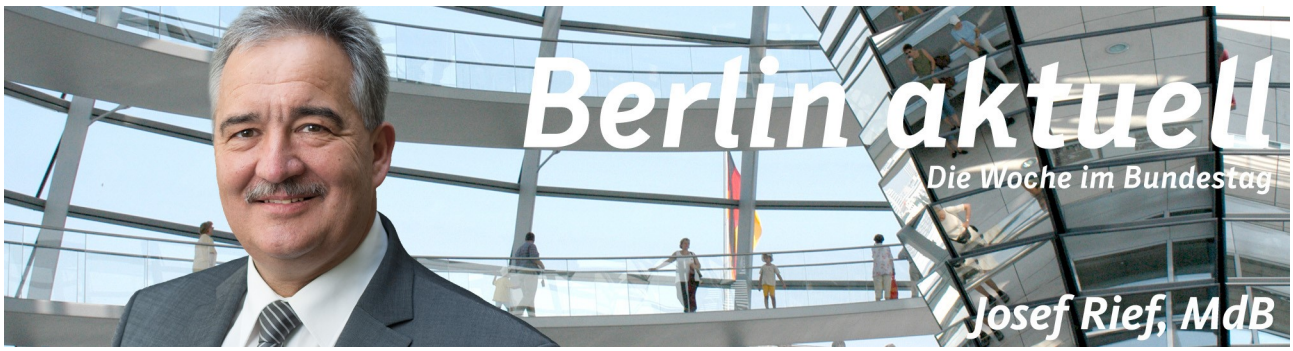

Europa widerstandsfähiger machen

Regierungserklärung zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Europa soll nachhaltig gestärkt aus der Corona-Krise herausgehen. Dieses Ziel hat sich die Bundesregierung für ihre EU-Ratspräsidentschaft im kommenden Halbjahr gesetzt. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte in ihrer Regierungserklärung vor dem Bundestag: „Noch nie waren Zusammenhalt und Solidarität in Europa so wichtig wie heute.“ Unionsfraktionschef Ralph Brinkhaus forderte eine „Renaissance der europäischen Idee“.

Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Regierungserklärung.
Foto: CDU/CSU Michael Wittig

Merkel nannte die Corona-Pandemie die „größte Herausforderung in der Geschichte Europas“. Wie sie bewältigt werde, entscheide über den Wohlstand der Bürger und über Europas Rolle in der Welt. Deshalb sei es auch für die Bundesregierung eine immense Herausforderung, mitten in der Pandemie die EU-Ratspräsidentschaft zu übernehmen. Man müsse die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen **Seite 2**

Reisebanche und Landwirtschaft demonstrieren

Bei gleich zwei Demonstrationen kam Josef Rief in Berlin ins Gespräch mit Demonstranten. Am Mittwoch machten die Tourismusbranche und die Busunternehmen auf ihre schwierige Situation in der Corona-Krise aufmerksam. Josef Rief sprach mit Teilnehmern und freute sich, auch auf Unternehmen aus der Region zu treffen. Die Regierungskoalition sieht vor, neben den Sofort-Hilfen, Krediten und Bürgschaften für die Wirtschaft, im geplanten Konjunkturpaket noch einmal besonders die Unternehmen zu unterstützen, die so stark an der Corona-Pandemie leiden wie die Reisebranche. Bundesverkehrsminister Scheuer kündigte etwa Hilfen für Busunternehmen in Höhe von 170 Mio. Euro an.

Am Donnerstag demonstrierten Landwirte aus ganz Deutschland für ihren Berufsstand. Josef Rief, selbst praktizierender Landwirt, kann die Proteste sehr gut nachvollziehen und setzt sich im Bundestag für die Belange der Landwirtschaft ein. Mit Teilnehmern aus dem Ostalbkreis sprach Rief über die Situation der Bauern in Baden-Württemberg. ■

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!

Josef Rief, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Büro ☏ (030) 227 – 71905 (030) 227 – 76060
josef.rief@bundestag.de www.josef-rief.de

Wahlkreisbüro:
Braithweg 27, 88400 Biberach
☏ (07351) 444 8782 (07351) 444 8783

Heimatanschrift:
Bergwalden 1
88486 Kirchberg/Iller

Fortsetzung von Seite 1

der Krise bewältigen, man müsse Europa aber auch widerstandsfähiger und zukunftsfähiger machen. Das gelte nicht minder für zwei weitere große Umbrüche: den Klimawandel und die Digitalisierung.

Ebenso wie Merkel appellierte auch Brinkhaus an die Solidarität innerhalb der Europäischen Union. „Wir haben nur eine Chance, wenn wir als Europäer gemeinsam agieren“, sagte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende. Nur dann könne Europa seine Souveränität behaupten. Nur dann könne es auf Augenhöhe mit China, Russland oder den Vereinigten Staaten von Amerika spielen.

Um diesen Aufbruch zu gestalten und aus der Krise zu kommen, will die EU in Verbindung mit ihrem siebenjährigen Haushaltsplan einen Wiederaufbaufonds auflegen, aus dem die von der Corona-Pandemie am stärksten betroffenen Mitgliedsländer unterstützt werden. Dieser Fonds sei „ein dringendes Gebot der Stunde“, sagte die Kanzlerin. Nur so könne man verhindern, dass Europa auseinanderdrifte. Denn wenn sich dauerhaft ein Spalt durch Europa ziehe, stärke das die antidemokratischen Kräfte, die nur auf ökonomische Krisen warteten, um sie politisch zu missbrauchen.

Der Fonds soll nach einem Vorschlag von Deutschland und Frankreich 500 Milliarden Euro umfassen, die die EU-Kommission als Anleihen am Geldmarkt aufnehmen müsste. Merkel betonte, es handele sich bei diesem Fonds um eine Ausnahme in einer Krisensituation. Die Zuschüsse seien zielgerichtet und zeitlich begrenzt. Sie sollten für Investitionen in die Zukunftsfähigkeit ausgegeben werden solle.

„Wir werden darauf achten, dass das Geld angemessen und richtig ausgegeben wird“, unterstrich Brinkhaus. Er erinnerte auch daran, dass die Schulden zurückgezahlt werden müssen und nicht auf kommende Generationen verlagert werden dürften. Im Sinne des europäischen Friedensprojekts seien die Ausgaben aber geboten: „All diese Kosten sind billiger als eine Sekunde Auseinandersetzung oder Krieg.“ Deutschland solle die Ratspräsidentschaft nicht nur nutzen, um die Corona-Krise zu überwinden, sondern um das europäische Projekt weiterzuentwickeln: „Es ist für uns eine Überlebensfrage.“

Für den Bundestag forderte der Fraktionschef das Recht ein, am europäischen Projekt mitzuwirken. „Wir sind nicht nur Botschafter der Beschlüsse, sondern wir sind Bestandteil des Gestaltungsprozesses“, betonte er. ■

Rechnungsprüfungsausschuss macht Weg frei für Innovative Förderung über die Landwirtschaftliche Rentenbank

Josef Rief, zuständig für Landwirtschaft im Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages, erläutert den heute erzielten Beschluss zum so genannten Zweckvermögen bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, einem Topf zur Förderung der Landwirtschaft.
„Wir haben nun den Weg frei gemacht, um das Zweckvermögen bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank von mehr als 100 Mio. Euro neu auszurichten. In der geplanten Förderung der Gründung von StartUps und der Markteinführung kann ein wichtiger Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der deutschen Agrarwirtschaft geleistet werden, indem das große innovative Potenzial sich jetzt entfalten kann und die vielen Ideen Verwirklichungschancen bekommen. Es wird ein Förderangebot geschaffen, um neue Forschungsergebnisse besser in die Praxis umzusetzen und damit die Innovationskraft des Sektors substanziell zu verbessern“, erklärte Josef Rief nach der entscheidenden Ausschusssitzung am Freitag.

Der Bundesrechnungshof hatte im Rahmen einer Prüfung gefordert, das Zweckvermögen aufzulösen oder eine klare Abgrenzung zu anderen Förderbereichen des Bundeslandwirtschaftsministeriums sicherzustellen. Das Ministerium hatte dies zum Anlass genommen, die Förderung des Zweckvermögens grundlegend zu überprüfen, und dem Rechnungsprüfungsausschuss ein Konzept für eine zukunftsweisende Neuausrichtung und klare Abgrenzung der Zweckvermögensförderung vorgelegt.
„Für uns ist klar, dass diese Gelder, die zu großen Teilen aus der Landwirtschaft stammen, auch wieder den Bäuerinnen und Bauern zugutekommen müssen. Ich bin sehr froh, dass die Auflösung des Zweckvermögens damit vom Tisch ist und stattdessen ein dringend erforderliches Instrumentarium geschaffen wird“, sagte Rief weiter.
Rief freute sich vor allem darüber, dass mit der Förderung von Start-Up-Unternehmen in der Agrarwirtschaft ein neues, speziell auf den Bedarf junger Landwirte zugeschnittenes Förderinstrument geschaffen werde. ■